

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 4 Februar 2021

www.tuebingen-linke.de

Verantwortung für die Bürger:innen dieser Stadt

Während beinahe alle Fraktionen im Tübinger Gemeinderat, von AL/Grünen bis zur CDU, ohne Bedingungen oder Kritik die KI-Projekte Cyber Valley und KI-Innovationspark mit Steuergeldern subventionieren wollen, stellt die Tübinger Linke Bedingungen für den Umgang mit Steuergeldern. Auch das Mantra des Cyber Valley KI-Entwicklung schnellstmöglich profitabel auf den Markt bringen zu wollen sehen wir kritisch. Aktuellster Diskussionspunkt im Gemeinderat war eine erneute Förderung der Stadt in Höhe von fünf Millionen Euro an den geplanten KI-Innovationspark, im Rahmen der Bewerbung Tübingens um Teilnahme am Wettbewerb um den KI-Innovationspark. Unsere Gemeinderätinnen Evelyn Ellwart und Gerlinde Strasdeit hielten dabei kritische Reden, deren zentralen Argumente auch hier noch einmal wiedergegeben werden.

Tübingen hat in den Technologiepark im Laufe der letzten 20 Jahre an die 15 Millionen aus dem städtischen Haushalt finanziert. Das „Schwäbische Tagblatt“ schrieb, dass dazu noch einmal 11 Millionen Euro Landesfördermittel für 44 KI-Projekte kamen, auch davon fünf Projekte in Tübingen. Gleichzeitig hat sich die Lage Gastronomie, Kultur, des Einzelhandels, der Dienstleistungen und nicht zuletzt aller Bürger:innen in Tübingen durch die Pandemie massiv verschlechtert, wie in allen anderen Kommunen auch. Evelyn Ellwart sagte dazu: „Wir nehmen den Bürgerinnen und Bürgern 5 Millionen weg und geben es um die Ecke an Multimilliardäre weiter. Denn: das muss man mal genau betrachten: am Ende macht beispielsweise ein Pharmakonzern wie Bayer Geschäfte mit dem Impfstoff, der mit kommunalen Mitteln bei der Ausgründung eines kleinen Startups auf den Weg gebracht wurde. So enden sie also die kleinen Startups. Arm in Arm mit den großen Konzernen. Ist das die Politik, die wir wollen? Ist das der richtige zukunftsweisende Weg? Wir sagen nein: Das ist nicht der richtige Weg.“ Sie und Gerlinde Strasdeit forderten dagegen: „die 5 Millionen nehmen, um die Stadt in der Pandemie nicht untergehen zu lassen. Um den bedrohten Einzelhandel zu retten. Um die Gastronomie zu retten. Um die Kultur zu retten und die Frisöre dürfen wir nicht vergessen. Um unser Miteinander zu retten. Um unsere Stadt lebenswert zu erhalten.“

Auch darüber hinaus hat die Tübinger Linke einiges an Kritik, wie es mit der KI-Forschung hier läuft und laufen soll. Evelyn Ellwart forderte bspw.: den Ethikbeirat an allen Entscheidungen des Cyber Valleys zu beteiligen und auch eine Bürgerbeteiligung auf den Weg zu bringen. Gerlinde Strasdeit kritisierte, dass im Rahmen des Technologieparks

Grundstücke einfach verschenkt werden. Bereits zuvor waren städtische Grundstücke im Rahmen des Cyber Valleys für skandalös niedrige Preise verkauft worden. Zusätzlich erneuerten beide die bestehenden Forderungen Grundstücke nur in Erbpacht zu vergeben, die KI-Projekte an eine Zivilklausel zu binden, welche militärische Forschung strikt untersagt, sowie eine Tarifbindung und Gemeinwohlbilanzen zu verlangen. Letzteres wird landesweit auch immer wieder gerne von Politiker:innen der SPD und Grünen gefordert. Im konkreten Fall in Tübingen scheint es ihnen aber leider egal.

Das Tübingen den Technologiepark noch einmal mit zusätzlichen Millionen unterstützen möchte ist aber auch eine Folge der Landespolitik. Diese setzt Städte und Regionen in Baden-Württemberg durch den Wettbewerb um KI-Innovationspark in direkte Konkurrenz zueinander. Bisher war immer von Zusammenarbeit die Rede nun zeigt sich aber, dass mit der Bewerbung Tübingens der Mitbewerber Heilbronn abserviert werden soll. Das ist eine Wirtschaftspolitik und Standortlogik, wie sie die Tübinger Linke nicht mittragen will. Stattdessen wollen wir eine Landespolitik, die auf eine Zusammenarbeit der Regionen und Städte ausgerichtet ist.

Der Umgang mit Kritiker:innen des Cyber-Valleys hat sich in den letzten Monaten noch einmal verschärft. Vor allem Oberbürgermeister Boris Palmer ist ein glühender Verfechter der KI-Forschung. Ende 2019 lud er einen Amazon Vertreter in den Gemeinderat, auch Amazon ist direkter Partner des Cyber Valleys, baut dort ein KI-Forschungszentrum und hat führende Köpfe des Cyber Valleys und des Max-Planck Instituts für intelligente Systeme als Amazon Scholars eingestellt. Dieser erzählte dabei allerlei Unwahres: Amazon habe nichts mit Militär- und Geheimdienstforschung zu tun. Aktivist:innen störten dabei die Sitzung indem sie offizielle Berichte und Dokumente verlesen, welche das widerlegen. Heute ist sogar klar: über Amazon forscht sogar die Forschungsbehörde der US-Geheimdienste, IARPA im Cyber Valley. Nicht nur hat Herr Palmer die Aktivist:innen dafür angezeigt, dass sie die Sitzung mit dem Verlesen von Berichten und offiziellen Dokumenten gestört hatten, er hatte sogar die Frechheit und verglich diese für ihn unangenehme Störung mit dem Angriff eines rechtsradikalen Mobs auf das Parlament in den USA. Das dabei 5 Menschen ums Leben gekommen sind scheint ihm egal, er instrumentalisiert sie durch seinen Vergleich und ist sich auch nicht zu schade diese immense rechtsradikale Gewalt mit dem Verlesen von Texten im Gemeinderat gleichzusetzen.

Impressum

Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. **Adresse:** Pflegehofstraße 8, 72070 Tübingen.

Email: info@die-linke-tuebingen.de **V.i.S.d.P:** Gerlinde Strasdeit

Quadratur der Krise

Während die Inzidenz in aller Munde ist, werden andere Zahlen nicht erwähnt: die monatlichen Mieten. Obwohl sinkende Durchschnittslöhne, fehlende Einnahmen und gleichzeitig weiter steigende Mieten eine Belastung sowohl von Gewerbetreibenden als auch von Bürgerinnen und Bürgern in der Pandemie sind.

Sowohl Kurzarbeitergeld, Kinderkrankengeld als auch Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz sind kein vollwertiger Lohnersatz. Die volle Miete bleibt erhalten und leert den Geldbeutel derer, die kein Eigentum besitzen. Zwar steht noch nicht fest, wer zukünftig die Schulden für die „Rettungsschirme“ finanziert, doch Mieterinnen und Mieter zahlen bereits monatlich ab.

Die vorhandene Krise auf dem Wohnungsmarkt wird sich „nach Corona“ nicht von selbst erledigen. Es braucht entschlossene, weitsichtige und schnell wirksame Maßnahmen - das Baukindergeld und die geplante Sonderabschreibung allein werden es nicht richten. Der Anteil öffentlichen, genossenschaftlichen und gemeinwohlorientierten sowie preisgünstigem Wohnraums muss durch Förderprogramme erhöht werden. In Tübingen haben 40 % der Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, doch die Wohnungen dafür fehlen.

Längst nicht alle haben ein Dach über dem Kopf. Im Landkreis steigt die Anzahl der Obdachlosen, in den Statistiken kommen sie aber nicht vor. Daher hat die Tübinger Linke im Kreistag erwirkt, dass die Verwaltung einen Bericht dazu erstellt.

Einige Wohnprojekte fordern in einem offenen Brief die Unterbringung in Ersatzunterkünften wie Hotels, Pensionen oder leeren Wohnungen. Die gestiegenen Mehrbedarfe sind zu erstatten und Schnelltests sind zur Verfügung zu stellen, um die Obdachlosen gesund unterzubringen.

Margrit Paal, Tübinger Linke

Corona-Zulage für Busfahrer:innen

Die Busfahrer:innen der Tübinger Verkehrsbetriebe bekamen 2020 auf unsere Initiative eine Corona-Zulage. Sie waren in den letzten Monaten ganz vorne mit dabei bei der Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens in der

Pandemie. DANKE! Aus unserer Sicht hätte es mehr sein müssen. Und der Haken ist: die Hälfte der Fahrer:innen bekommt die Zulage nicht, weil sie bei privaten Unternehmen beschäftigt sind.

Kreis-Haushalt 2021: Familien werden bei den Schülertickets entlastet

Mit den Stimmen der Linken-Fraktion wurde bei der letzten Sitzung des Kreistags Tübingen am 16.12. der Etat für 2021 einstimmig beschlossen.

Mit unserer langjährigen Forderung nach kostenfreien Schülertickets im Kreis sind wir endlich einen entscheidenden Schritt vorangekommen: unser gemeinsamer Antrag mit SPD und Grünen für eine Reduzierung des Eigenanteils um 5 € wurde angenommen. Wir hatten zwar zunächst noch eine weitere Absenkung beantragt, nach deren Ablehnung dann aber diesen interfraktionellen Antrag gestellt. Die Schüler*innen im Landkreis müssen ab kommendem Schuljahr nur noch 34,30 für ihr Ticket bezahlen. Immer noch zu viel, aber ein wichtiger erster Schritt.

Eine von uns beantragte weitere Personalstelle für die völlig überlastete IT-Abteilung im Landratsamt wurde ebenfalls mehrheitlich beschlossen.

Weitere soziale Akzente konnten wir mit interfraktionellen Anträgen zusammen mit SPD und Grünen setzen: im nächsten Jahr werden die Zuschüsse z.B. für das Asylzentrum, die Beratungsstelle von adis, für die Lebenshilfe und den Kreisjugendring erhöht, weiteres Personal für die Inklusion eingestellt und höhere Zuschüsse für Jobtickets und Fahrrad-Mobilität für die Beschäftigten im LRA. .

Leider fand die Bereitschaft, quer über die Fraktionen hinweg noch mehr soziale Verbesserungen in den Haushalt einzubringen, ausgerechnet bei unserem Antrag für ein 1,5 Mill €-Programm zur kommunalen Wohnraumförderung ein Ende, nur wenige Kreisrät*innen schlossen sich dem an. An-

gesichts des nicht nur in der Stadt Tübingen, sondern auch in den Kommunen im Landkreis großen Mangels an bezahlbarem Wohnraum unverständlich.

Mit der von uns beantragten finanziellen Absicherung der Beratungsstelle von Plan B – „Integration statt Abschiebung“ blieben wir in diesem Jahr ebenfalls noch allein.

Weil mit dem Etat 2021 aber auch viele Mittel für den weiteren Ausbau des ÖPNV und nachhaltiger Mobilität, für Erweiterung und Neubau der Kreisberufsschulen beschlossen wurden, und viele soziale und kulturelle Beratungsstellen und Einrichtungen weiter unterstützt werden, sichert der Haushalt in diesem Jahr wichtige Grundlagen für den Erhalt und notwendigen weiteren Ausbau der kommunalen Infrastruktur und Daseinsfürsorge im Landkreis. Deshalb haben wir dem Haushalt zugestimmt.

Trotz absehbarer finanzieller Engpässe und harter Verteilungskämpfe in den nächsten Jahren konnten die Kommunen dieses Mal bei der Kreisumlage noch etwas entlastet werden. Wir haben deshalb auch nicht dem Versuch der Grünen zugestimmt, den Kommunen Gelder zu entziehen und in die Kreis-Rücklage zu stecken. Damit die Städte und Gemeinden nicht zu den größten Verlierern der Wirtschafts- und Corona-Krise werden, muss die Auseinandersetzung über die Finanzierung der klammen Haushalte in den Kommunen auf Landes- und Bundesebene weitergeführt werden, insbesondere auch in den anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen.

Gisela Kehrer-Bleicher, Tübinger Linke

Krise trifft Kinder und Jugendliche

Mittwoch 17. Februar, 20 Uhr

Sind Kinder und Jugendliche die Verlierer der Corona-Krise? Welche Rolle spielen ihre Bedürfnisse, ihre Lebenssituation bei politischen Entscheidungen? Wie steht es um ihre Rechte?

Was muss jetzt in der Bundes- und Landespolitik anders laufen?

Online-Veranstaltung mit Norbert

Müller, Bundestagsabgeordneter DIE LINKE und Vorsitzender der Kinderkommission des Bundestags, DIE LINKE Landtagskandidatin Claudia Haydt.

Teilnahme bitte anmelden unter: info@die-linke-tuebingen.de

Eine Veranstaltung von

Die Linke/Tübinger Linke (TÜL)

Atomwaffenverbotsvertrag – Tübingen hisst Fahne – Deutschland fehlt

Am Freitag, 22. Januar 2021 tritt der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft. DIE LINKE Tübingen feiert diesen Tag und gratuliert ICAN, der zivilgesellschaftlichen internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, für diesen Erfolg.

Am Donnerstag, 21. Januar 2021 um 11 Uhr wurde die Fahne der Mayors vor Peace vor dem Tübinger Rathaus gehisst. Kreisrätin Gisela Kehrer-Bleicher, Stadträtin Gerlinde Strasdeit, die Tübinger Bundestagsabgeordnete Heike Hänsel und Landtagskandidatin Claudia Haydt waren dabei.

Der Vertrag verbietet Staaten Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Außerdem sind die Weitergabe, die Lagerung und der Einsatz sowie die Drohung des Einsatzes verboten. Darüber hinaus wird den Staaten die Stationierung von Atomwaffen auf eigenem Boden verboten. Das Inkrafttreten des Vertrags ist ein

historischer Meilenstein auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen. Er stellt auch einen Sieg der internationalen Demokratie und multilateralen Diplomatie über die Dominanz der Weltmächte dar.

122 UN-Staaten haben den Vertrag unterzeichnet und mittlerweile 50 ratifiziert. Deutschland gehört bisher leider nicht dazu.

Gerlinde Strasdeit, Stadträtin und Kreisvorstandssprecherin erklärt dazu: „Tübingen hat den Städteappell von ICAN auf unseren Antrag hin mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 2. Mai 2019 unterzeichnet. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Wir erneuern angesichts des Inkrafttretens des Vertrages diese Forderung. Wir rufen die Landesregierung in Baden-Württemberg dazu auf, sich Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg anzuschließen und den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ebenfalls zu unterstützen.“

Verbot der Atomwaffen

Die Friedensstadt Tübingen hat am 21. Januar die Friedensfahne zum Verbot der Atomwaffen am Rathaus rausgehängt. Um damit zu unterstreichen, dass Frieden und Abrüstung sehr wohl eine kommunale Angelegenheit sind. Viele andere Städte haben das auch gemacht. Kommunen sind es, die hauptsächlich die Folgelasten von Kriegspolitik zu tragen haben. Abrüsten durchzusetzen kann man leider nicht allein den Regierungen überlassen, die sich ja oft am Wettrüsten beteiligen. Was wir brauchen, ist nicht ein Gleichgewicht des Schreckens, sondern von Frieden und Volksverständigung. Diesen Weg zu gehen, dafür wird auch Tübingens Partnerstadt in Russland dankbar sein.

Die schrecklichste Pandemie, die die Menschheit bedroht, ist nicht Corona-Virus, sondern die menschengemachte Atomkriegsgefahr. Deshalb muss diese auch von uns Menschen beseitigt werden. Auch mit Hilfe Tübingens und anderer Kommunen.

Übrigens: Es ist falsch, Bundeswehrangehörige im Corona-Hilfsdienst zu beschäftigen. Wir wollen in Tübingen ohne Garnison und Militär bleiben. Keine Soldaten durch die Hintertür. Das muss klar sein. Über 100 Jahre Garnisonsstadt waren mehr als genug!

Gerhard Bialas, Leserbrief, ehemaliger Gemeinderat, Friedensaktivist



Kreisrätin Gisela Kehrer-Bleicher, Landtagskandidatin Claudia Haydt, Stadträtin Gerlinde Strasdeit, Heike Hänsel MdB

Für das Bleiberecht: Bitte spenden Sie für unser Beratungsprojekt Plan.B

Sind Sie auch gegen Abschiebungen und für sinnvolle Perspektiven von Geflüchteten in Deutschland, auch wenn der Asylantrag abgelehnt wurde? Dann freuen wir uns über eine Spende für unser Beratungsprojekt

Plan.B. Nachdem sich der Landkreis Tübingen zierte, das Projekt mit öffentlichen Mitteln zu fördern und uns deswegen mindestens 15.000 Euro fehlen, setzen wir auf Crowdfunding.

Plan.B

Bitte helfen Sie deswegen mit einer Spende auf:
menschen.rechte Tübingen e.V.
VR Bank Tübingen
IBAN: DE25 6406 1854 0308 1020 02
BIC: GENODES1STW
Verwendungszweck: Plan.B

Pflegenotstand stoppen

Applaus reicht nicht. Löhne rauf.

Mehr Personal. Bessere Arbeitsbedingungen. Ende des Fallpauschalensystems. Gesundheitssystem in öffentliche Hand.



Am 04. Februar machte DIE LINKE Tübingen in einer Straßenaktion auf die massiven Missstände im Gesundheitssystem aufmerksam. Als Protestzug mit Pflegebett, Arbeitskleidung und Forderungen zogen wir vom Holzmarkt aus durch die Stadt. Dabei fordern wir eine grundsätzlich andere Gesundheitspolitik, ausgerichtet an den Bedürfnissen der Menschen und mit materieller Anerkennung für die Wichtigkeit der Pflege- und Care-Arbeit.

Mit dabei und auf den Bildern: Kreisrat Bernhard Strasdeit, Jessica Tatti MdB, Achim Kessler MdB, Landtagskandidatin Claudia Haydt, Heike Hänsel MdB, Stadträtin Gerlinde Strasdeit

Wir treten für ein solidarisches Gesundheitssystem ein:

- * Anhebung der Löhne in der Altenpflege auf das Niveau in den Krankenhäusern
- * Dauerhaft 500€ mehr im Monat, für alle die in den Gesundheitseinrichtungen für uns schufteten! Also auch für Service- und Reinigungskräfte!
- * Die Privatisierungen von Krankenhäusern müssen zurückgenommen werden, denn Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand!



- * Die Finanzierung der Krankenhäuser mit Fallpauschalen muss beendet werden! Jeder Mensch braucht eine individuelle Behandlung. Deshalb müssen wieder die Kosten erstattet werden, die tatsächlich anfallen!
- * Gesundheit ist keine Ware! Deshalb muss wieder verboten werden, dass Krankenhäuser Gewinne machen!
- * Die Private Krankenversicherung muss als Vollversicherung abgeschafft werden!
- * Alle Menschen, die in Deutschland leben, werden Mitglieder in der solidarischen Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. Und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze und mit allen Einkommensarten, also auch aus Spekulationsgewinnen mit Aktien. Und alle bekommen dieselbe umfassende Versorgung!